



IT-Planungsrat

Digitale Zukunft gestalten

Sachstandsbericht 2019 der KG Portalverbund zum Beschluss 2018/40 des IT-Planungsrats

Version 1.2

Stand 10.10.2019

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	4
1 Management Summary	5
2 Einleitung	6
3 Online-Gateway	7
3.1 Aktueller Stand der Umsetzung.....	7
3.2 Laufende Aktivitäten.....	8
3.3 Ausblick.....	8
4 Verwaltungsportale.....	9
4.1 Aktueller Stand der Umsetzung.....	10
4.2 Ausblick.....	10
5 Landesportalverbünde und Einbindung der Kommunen sowie Bündelung von Bundesleistungen	11
5.1 Aktueller Stand der Umsetzung.....	11
5.2 Ausblick.....	12
6 Nutzerkonten und Postfächer.....	12
6.1 Aktueller Stand der Umsetzung Nutzerkonten für natürliche Personen / Bürger	13
6.2 Ausblick Nutzerkonten für natürliche Personen / Bürger	13
6.3 Aktueller Stand der Umsetzung Nutzerkonten für Organisationen	14
6.4 Ausblick Nutzerkonten für Organisationen	14
6.5 Aktueller Stand der Umsetzung Postfächer.....	15
6.6 Ausblick Postfächer.....	15
7 Marktübliche elektronische Bezahlungsmöglichkeit	16

7.1	Aktueller Stand der Umsetzung.....	16
7.2	Ausblick.....	16
8	Datensafe und Statusmonitor.....	17
	Anhang I.....	18
	Hinweise zu den nachfolgenden Tabellen	18
	Verwaltungsportale.....	19
	Landesportalverbünde und Einbindung der Kommunen sowie Bündelung von Bundesleistungen	20
	Nutzerkonten für natürliche Personen / Bürger	21
	Nutzerkonten für Organisationen	22
	Postfach.....	23
	Marktübliche elektronische Bezahlungsmöglichkeit.....	23
	Datensafe / Dokumentensafe	24

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Umsetzungsstand Landesverwaltungsportale.....	10
Abbildung 2: Umsetzungsstand Landesportalverbünde und Bündelung von Bundesleistungen	11
Abbildung 3: Umsetzungsstand Nutzerkonten für natürliche Personen / Bürger.....	13
Abbildung 4: Umsetzungsstand Nutzerkonten für Organisationen.....	14
Abbildung 5: Umsetzungsstand Postfächer	15
Abbildung 6: Umsetzungsstand elektronische Bezahlungsmöglichkeit	16
Abbildung 7: Umsetzungsstand Datensafe / Dokumentensafe	17
Abbildung 8: Stand der Umsetzung der Portalverbund-Kriterien gemäß Beschluss 2018/40 des IT-Planungsrats	18
Abbildung 9: Erhebungsergebnisse Landesverwaltungsportale.....	19
Abbildung 10: Erhebungsergebnisse Landesportalverbünde	20
Abbildung 11: Erhebungsergebnisse Nutzerkonto für natürliche Personen /Bürger.....	21
Abbildung 12: Erhebungsergebnisse Nutzerkonto für Organisationen.....	22
Abbildung 13: Erhebungsergebnisse Postfach.....	23
Abbildung 14: Erhebungsergebnisse elektronische Bezahlungsmöglichkeit / Bezahldienst	24
Abbildung 15: Erhebungsergebnisse Datensafe / Dokumentensafe	24

1 Management Summary

Die Umsetzung der Basisdienste und der für den Portalverbund definierten Kriterien schreitet weiter voran. Zwischenzeitlich konnte der Pilot des Online-Gateways erfolgreich entwickelt und getestet werden. Die Produktionsumgebung soll nunmehr bis zum Ende des Jahres 2019 aufgebaut werden, so dass die Aufnahme des Produktivbetriebs unter Beteiligung der Pilotländer Anfang 2020 erfolgen kann. Derzeit wird zudem die einheitliche Anbindung der Linie6Plus-Länder an die Dienste des Online-Gateways abgestimmt. Bis Ende 2020 ist die Anbindung aller Nichtpilotländer geplant.

Verwaltungsportale wurden in fünfzehn Ländern eingeführt. Sie halten größtenteils die vorgegebenen Qualitätsstandards (Verfügbarkeit und Responsive Design) ein. Perspektivisch planen alle Länder die Einführung von Verwaltungsportalen, die den geforderten Qualitätsstandards entsprechen. Die Verfügbarkeit eines Portalverbunds auf Landesebene ist in einem Großteil der Bundesländer gegeben. Der Aufruf aller kommunalen Leistungen und Online-Dienste ist nur teilweise möglich und wird durch die fehlende Mitwirkungsverpflichtung der Kommunen erschwert. Beim Bund und jenen Ländern, die noch kein Verwaltungsportal einsetzen, laufen die Vorbereitungen für die Einführung weiterer Portalverbünde. Die Mehrheit der Befragten (70 %) verfügt über Nutzerkonten für natürliche Personen. 07/2020 sollen nach aktueller Planung Nutzerkonten für Bürger flächendeckend (Bund, Länder) im Einsatz sein. Positiv fällt auf, dass viele Verbundlösungen verwendet werden. Vor der flächendeckenden Einführung von Nutzerkonten für Organisationen ist es erforderlich, die Anforderungen vollständig zu erheben. Bisher haben 41 % der Befragten eine entsprechende IT-Lösung eingeführt. Mehr als die Hälfte der Länder bietet ein Postfach an. Aktuell werden Konzepte für die Interoperabilität von Nutzerkonten für Organisationen und für Postfächer erarbeitet. Eine vollumfängliche elektronische Bezahlungsmöglichkeit stellt die Mehrheit der Beteiligten zur Verfügung. Hervorzuheben ist die IT-Lösung ePayBL. Ihr Einsatz ist von mehr als der Hälfte der Beteiligten geplant, sofern sie bei ihnen nicht schon im Einsatz ist. Für die Einführung eines Datensafes / Dokumentensafes sowie eines Statusmonitors werden noch entsprechende Konzepte erarbeitet. Vier Länder geben an, IT-Lösungen im Einsatz zu haben, die den Funktionsumfang eines Datensafes / Dokumentensafes vollständig oder in Teilen abzudecken.

2 Einleitung

Der IT-Planungsrat hat auf seiner 27. Sitzung am 25.10.2018 die KG Portalverbund darum gebeten, einmal im Jahr über den Umsetzungsstand der mit Beschluss 2018/40 festgelegten Kriterien für den Portalverbund zu berichten.

In Erfüllung dieses Auftrags legt die KG Portalverbund hiermit den Sachstandsbericht 2019 vor. In den Bericht sind Informationen des Pilotprojekts Online-Gateway eingeflossen (siehe Kapitel 3) sowie eine Auswertung der Rückmeldungen des Bundes und der Länder auf die Abfrage zum aktuellen Stand der Umsetzung des Beschlusses 2018/40 des IT-Planungsrats im September 2019 (siehe Kapitel 4 bis 8). In Anhang 1 werden die in der Auswertung berücksichtigten Rückmeldungen im Überblick und im Detail abgebildet.

Die Abfrage zum aktuellen Umsetzungsstand von Beschluss 2018/40 wurde im September 2019 durchgeführt. Es erfolgte eine Auswertung und anschließende Beteiligung der Länder zur Stellungnahme zu den Ergebnissen mit Rückmeldefrist 19.09.2019 (Redaktionsschluss).

Es ergibt sich eine Auswertungsgrundlage von 17 Rückmeldungen für Kapitel 4 und 16 Rückmeldungen ab Kapitel 5 bis einschließlich Kapitel 9. Für die prozentualen Berechnungen wurde die Gesamtsumme von 17 möglichen Rückmeldungen mit 100 Prozent angesetzt.

Die in den Rückmeldungen enthaltenen Informationen mit Bezug auf den Beschluss 2018/40 wurden in der Auswertung berücksichtigt. Darüber hinausgehende Informationen in den Antworten von Bund und Ländern werden in die weitere Umsetzung einfließen.

3 Online-Gateway

Mit dem Beschluss 2018/02 des IT-Planungsrats vom 08.02.2018 wurde der Bund gebeten, unter Berücksichtigung der Grundprinzipien vom Herbst 2017 einen Piloten des Online-Gateways Portalverbund bereitzustellen, an dem sich mindestens die Verwaltungsportale Bund, Hessen, Berlin und Hamburg beteiligen.

3.1 Aktueller Stand der Umsetzung

Der Bund und die Länder Bayern, Berlin, Hamburg und Hessen haben einen Piloten mit den Komponenten Ereignissteuerung, Datensynchronisation, Dienstverzeichnis, Sammlerdienst, Bereitstelldienst und Suchdienst erfolgreich entwickelt. Damit wurden die architektonischen Grundprinzipien vom Herbst 2017 eingehalten. In den Rechenzentren Hamburg, Hessen, Bayern und Bund wurde jeweils eine vollständige Instanz des Online-Gateways aufgebaut. Die Verwaltungsleistungsdaten aller Pilotländer und des Bundes sind in den Pilotverbund integriert. Der Datenaustausch im Testverbund erfolgt synchron und performant. Der Pilot hat damit gezeigt, dass die dezentrale Architektur des Online-Gateways auf Basis der architektonischen Grundprinzipien vom Herbst 2017 geeignet ist, die gestellten Anforderungen zu erfüllen. Der Beschluss 2018/02 wurde in einem Testsystem umgesetzt.

Für den Pilotbetrieb wurde eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erstellt und der KG Portalverbund im Mai 2019 vorgelegt. Alle im Pilotprojekt erstellten Grundlagendokumente stehen allen Ländern zur Verfügung und können jederzeit auf der Ablage des IT-Planungsrates im Mitgliederbereich abgerufen oder bei der Projektleitung angefragt werden. Damit können sich alle Länder auf den Anschluss an das Online-Gateway in 2020 vorbereiten.

Der Suchdienst für den Portalverbund kann mittels maschineller Schnittstelle an bestehende Portalsuchen angebunden werden. Alternativ wird auch ein Suchclient angeboten. Dieser kann einfach in Oberflächen anderer Portale integriert und im Design frei angepasst werden. In Umsetzung des Beschlusses 2018/40 des IT-Planungsrats ist die Suche damit nachnutzbar und kann bedarfsgerecht in beliebige Verwaltungsportale eingebunden werden.

3.2 Laufende Aktivitäten

Aktuell steht der Aufbau der Vorproduktionsumgebung kurz vor der Fertigstellung. Der Aufbau der Produktionsumgebung ist konzipiert und soll bis Ende 2019 umgesetzt werden.

Die für den Pilotbetrieb vorliegende Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird derzeit fortgeschrieben. Darin werden auch die Kosten für den Betrieb, für Wartung und Support kalkuliert. Zudem wird eine Aufwandsschätzung für die Weiterentwicklung vorgenommen.

Die vorhandene Dokumentation wird um weitere Konzepte ergänzt, bspw. um ein Sicherheits- und ein Datenschutzkonzept. Die Finalisierung der Gesamtdokumentation erfolgt in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit allen Projektbeteiligten.

Für den im Jahr 2020 geplanten Rollout des Online-Gateways werden mit allen Ländern vorbereitende Gespräche geführt. Gemeinsam mit den Ländern der Linie6Plus wird ein Plan zur einheitlichen und aufwandsarmen Anbindung an das Online-Gateway erarbeitet.

3.3 Ausblick

Zum Abschluss des Piloten wird die realisierte Komplexität des Online-Gateways überprüft. Zudem wird die erforderliche Mindestanzahl benötigter Knoten geprüft. In diesem Zuge wird auch die seitens IT-Planungsrat beauftragte Weiterentwicklung des Behördenfinders 2.0 reflektiert. Es ist vorgesehen, einen Vorschlag zur Zukunft dieser Anwendung zu erarbeiten.

Der Federführer Bund wird die Voraussetzungen für den Regelbetrieb des Online-Gateways Portalverbund schaffen und das Projekt bis zur Produktübergabe an die FITKO unterstützen. Die Aufnahme des Produktivbetriebs mit Beteiligung der Pilotländer ist für Anfang 2020 geplant.

Bis Ende 2020 ist anschließend die Anbindung aller Nichtpilotländer geplant. Hierfür wird in Abstimmung mit den Ländern ein Rolloutplan erstellt, der je Land die einzelnen Schritte zur Herstellung der Anschlussfähigkeit sowie den Anschlussprozess definiert. Diese Schritte werden im Detail geplant. Die Anforderungen an die Herstellung der Anschlussfähigkeit und die Anschlussoptionen werden in einem Roll-out-Konzept ausgearbeitet. Das Projekt baut ein Expertenteam zur individuellen Betreuung der Anbindung weiterer Länder auf.

Die FITKO wird gebeten, mit den vorbereitenden Maßnahmen für den Betrieb des Online-Gateways Portalverbund zu beginnen. Das Projekt stellt der FITKO hierfür eine Übergabedokumentation zur Verfügung. Bestandteil dieser Dokumentation werden die konsolidierten Anforderungslisten des Online-Gateways sein. Aus den aktualisierten Berechnungen der fortzuschreibenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtung werden erste Schätzungen der laufenden Personal- und Sachkosten für den Betrieb abgeleitet. In gemeinsamer Abstimmung mit der FITKO wird aus diesen Schätzungen der Personalaufwand für das Produktmanagement des Online-Gateways in den nächsten Jahren kalkuliert.

Die Zusammenarbeit mit der nationalen SDG-Koordinatorin wird intensiviert, um die sich aus der Verordnung der Europäischen Union zum Single Digital Gateway (SDG) ergebenden Anforderungen an Deutschland mit den Funktionalitäten des Online-Gateways abzugleichen.

Alle Länder sollten durch Beschluss des IT-Planungsrats gebeten werden, eine zügige Anbindung an den Online-Gateway Portalverbund sicherzustellen.

4 Verwaltungsportale

Gemäß OZG §2 (2) bezeichnet ein „Verwaltungsportal“ ein gebündeltes elektronisches Verwaltungsangebot eines Landes oder des Bundes mit entsprechenden Angeboten einzelner Behörden. Der Bund und die Länder haben sich mit Beschluss 2018/40 des IT-Planungsrats verpflichtet, zur Sicherstellung der Nutzerfreundlichkeit im Portalverbund ihre Verwaltungsportale und Basisdienste mit folgenden Qualitätsstandards zur Verfügung zu stellen:

- a. Die Verfügbarkeit der Verwaltungsportale soll jeweils bei mindestens 98,5% bezogen auf das gesamte Jahr liegen.
- b. Nutzbarkeit auf unterschiedlichen Endgeräten ist durch Responsive Design / Responsive Layout sicherzustellen.

16 Länder und der Bund haben die Abfrage zum aktuellen Umsetzungsstand dieses Beschlusses sowie zu ihren geplanten Umsetzungsaktivitäten beantwortet. Somit liegen der nachfolgenden Auswertung 17 von 17 möglichen Rückmeldungen zugrunde. Weitere Ergebnisse der Abfrage sind in Anhang 1 dokumentiert.

4.1 Aktueller Stand der Umsetzung

Die Umsetzung der Verwaltungsportale ist weit fortgeschritten. 15 Länder (88 %) haben bereits Verwaltungsportale eingeführt. Zwei Antworten ist zu entnehmen, dass derzeit noch keine Verwaltungsportale produktiv gesetzt wurden (12 %).

Die verfügbaren Verwaltungsportale erfüllen die Qualitätsstandards an Verfügbarkeit und Responsive Design / Layout weitgehend: 13 dieser 15 Länder (87 %) können bereits heute die Verfügbarkeitsanforderung von 98,5 % erfüllen und 13 dieser 15 Länder (87 %) die Anforderungen an ein Responsive Design / Layout.

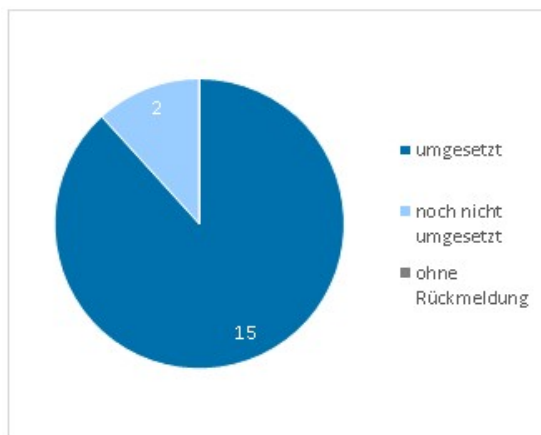


Abbildung 1: Umsetzungsstand Landesverwaltungsportale

4.2 Ausblick

Bis 06/2020 sollen zwei weitere Verwaltungsportale produktiv gesetzt (12 %) werden, sodass bis 06/2020 alle Rückmeldenden ein Verwaltungsportal bereitstellen werden.

Das Portal soll nach aktueller Planung die Produktivsetzung und die Qualitätsanforderungen an Responsive Design und Verfügbarkeit (> 98,5 %) erfüllen. 12 Länder (70 %) erfüllen die festgelegten Qualitätsstandards und haben daher keine weiteren Aktivitäten gemeldet. Drei Länder und der Bund (24 %) planen, bis 12/2022 fehlende Qualitätsanforderungen zu erfüllen und / oder ihre Verwaltungsportale zu modernisieren. Ein Land hat keine Angabe zur Verfügbarkeit (> 98,5 %) gemacht. Zeitgleich wird das Angebot an Verwaltungsleistungen im Rahmen des Digitalisierungsprogramms schrittweise von Bund und Ländern ausgebaut.

5 Landesportalverbünde und Einbindung der Kommunen sowie Bündelung von Bundesleistungen

Gemäß OZG §2 (1) ist der „Portalverbund“ eine technische Verknüpfung der Verwaltungsportale von Bund und Ländern, über den der Zugang zu Verwaltungsleistungen auf unterschiedlichen Portalen angeboten wird. Der Beschluss 2018/40 des IT-Planungsrats legt fest, dass die Verantwortlichkeit für den Aufbau der Länderportalverbünde und für die Einbindung ihrer Kommunen in den jeweiligen Ländern liegt.

15 Länder und der Bund haben die Abfrage zum aktuellen Umsetzungsstand dieses Beschlusses sowie zu ihren geplanten Umsetzungsaktivitäten beantwortet. Somit liegen der nachfolgenden Auswertung 16 von 17 möglichen Rückmeldungen zugrunde. Weitere Ergebnisse der Abfrage sind in Anhang 1 dokumentiert.

5.1 Aktueller Stand der Umsetzung

Zwölf Länder, d. h. die Mehrheit (70 %), haben bereits heute einen Portalverbund mit entsprechender Einbindung der Kommunen aufgebaut. Vier der Befragten (24 %) geben an, dass noch kein Portalverbund verfügbar ist. Von einem Land (6 %) lagen bis Redaktionsschluss keine Antworten vor. Für Länder, die keine Stadtstaaten / Einheitsgemeinden sind, verweisen die Befragten in der Regel auf die fehlende Mitwirkungsverpflichtung der Kommunen. Ein Land hat die Mitwirkung der Kommunen gesetzlich verankert.

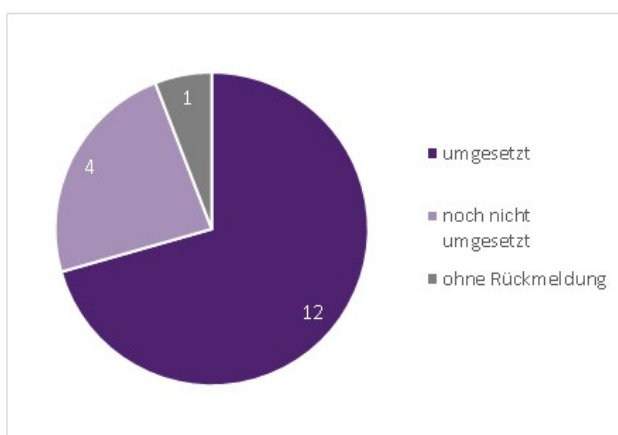


Abbildung 2: Umsetzungsstand Landesportalverbünde und Bündelung von Bundesleistungen

5.2 Ausblick

Die zwölf Länder (70 %), die bereits heute über einen Portalverbund verfügen, haben keine weiteren Aktivitäten gemeldet. Eines dieser zwölf Länder verweist auf die fehlende Verpflichtung der Kommunen. Drei Länder (18 %) geben an, den Aufbau eines Landesportalverbundes zu planen. Der Bund (6 %) wird den Zugang zu allen Bundesleistungen über das Verwaltungsportal des Bundes ermöglichen. Von einem Befragten (6 %) lagen bis Redaktionsschluss keine Antworten vor.

Bis 07/2020 soll somit ein Umsetzungsstand von mindestens 88 % erreicht sein.

6 Nutzerkonten und Postfächer

Der Bund und die Länder haben sich mit Beschluss 2018/40 des IT-Planungsrats verpflichtet, interoperable Nutzerkonten (Identifizierungskomponenten, vgl. OZG §2 (5)) für natürliche Personen und Organisationen sowie Postfächer bereitzustellen.

Die Nutzerkonten für Organisationen stellen meist Weiterentwicklungen der Nutzerkonten für Bürger dar und verfügen über erweiterte Rechte, Rollen und Vertretungsregelungen. Postfächer sind regelmäßig integraler Bestandteil von Nutzerkonten.

Die Herstellung der Interoperabilität von Nutzerkonten für Bürger wird derzeit umgesetzt. Diesbezüglich wird auf den Bericht der Projektgruppe eID-Strategie (TOP 5) verwiesen.

Die Interoperabilität von Organisationskonten befindet sich aktuell in der Konzeptionsphase.

15 Bundesländer und der Bund haben die Abfrage zum aktuellen Umsetzungsstand dieses Beschlusses sowie zu ihren geplanten Umsetzungsaktivitäten beantwortet. Somit liegen der nachfolgenden Auswertung 16 von 17 möglichen Rückmeldungen zugrunde. Weitere Ergebnisse der Abfrage sind in Anhang 1 dokumentiert.

6.1 Aktueller Stand der Umsetzung Nutzerkonten für natürliche Personen / Bürger

Nutzerkonten für Bürger sind bereits heute weitgehend eingeführt. Elf Länder und der Bund (70 %) haben ein Nutzerkonto für Bürger im Einsatz. Vier der Befragten (24 %) geben an, dass noch kein Nutzerkonto für Bürger eingeführt ist. 07/2020 sollen flächendeckend in Deutschland Nutzerkonten für Bürger im Einsatz sein. Von einem Befragten (6 %) lagen bis Redaktionsschluss keine Rückmeldungen vor.

Die Qualitätsstandards (Verfügbarkeit > 98,5 % und Responsive Design / Layout) werden von acht Ländern und dem Bund (53 %) erfüllt. Positiv fällt auf, dass viele Verbundlösungen im Einsatz sind: Zwölf der Befragten (70 %) geben an, auf einer der vier erwähnten Verbundlösungen für Nutzerkonten für Bürger aufzusetzen.



Abbildung 3: Umsetzungsstand Nutzerkonten für natürliche Personen / Bürger

6.2 Ausblick Nutzerkonten für natürliche Personen / Bürger

Elf Länder und der Bund (70 %) bieten Nutzerkonten für Bürger an. Vier weitere Nutzerkonten für Bürger sollen bis 08/2020 bereitgestellt werden (24 %). Von einem Befragten (6 %) lagen bis Redaktionsschluss keine Antworten vor.

Wo die Qualitätsstandards noch nicht erfüllt werden, sollen bis 07/2020 die erforderlichen Anpassungen umgesetzt werden.

6.3 Aktueller Stand der Umsetzung Nutzerkonten für Organisationen

Die Anforderungen an Organisationskonten wurden im Rahmen eines Workshops der PG eID-Strategie erarbeitet und anschließend in einem weiteren Workshop mit Unternehmensvertretern validiert und konkretisiert. Aktuell erhebt die Koordinierungsgruppe „Unternehmenskonto“ des IT-Planungsrats weitere Anforderungen an Organisationskonten. Dementsprechend überrascht es nicht, dass nur sechs Länder und der Bund (41 %) derzeit Nutzerkonten für Organisationen einsetzen. Bis auf ein Land erfüllen diese die Qualitätsstandards (Verfügbarkeit >98,5% und Responsive Design / Layout) bereits heute. Neun Befragte (53 %) haben angegeben, kein Nutzerkonto für Organisationen anzubieten. Ein Land (6 %) hat keine Rückmeldung gegeben.

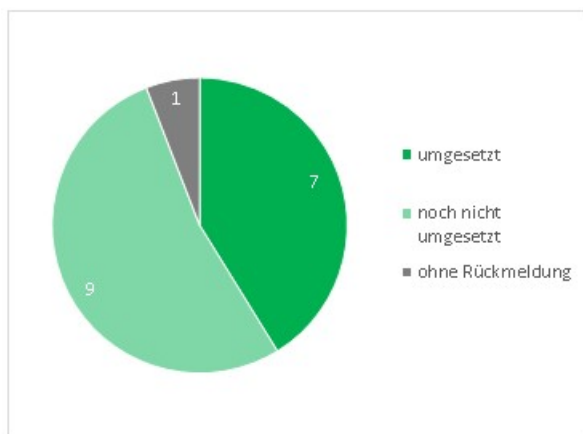


Abbildung 4: Umsetzungsstand Nutzerkonten für Organisationen

6.4 Ausblick Nutzerkonten für Organisationen

Sechszehn der Befragten (94 %) haben entweder ein Nutzerkonto für Organisationen im Einsatz oder dessen Einführung geplant. Dafür sind die Voraussetzungen noch zu schaffen. So weisen vier Länder (24 %) darauf hin, dass die Anforderungserhebung erst abgeschlossen werden muss, bevor die Umsetzung zeitlich eingeplant werden kann. Einer der Befragten (6 %) hat keine Antwort gegeben.

Bis 07/2020 soll ein Umsetzungsgrad von mindestens 70 % erreicht sein.

Die Beteiligten planen in der Regel für das niedrige Vertrauensniveau eine Kombination entweder von Benutzername und Passwort oder von E-Mail und Passwort. Für das hohe Ver-

trauensniveau ist die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises vorgesehen. Welches Identifizierungsmittel für das Vertrauensniveau „substanziell“ verwendet wird, ist noch nicht klärt. Ein Land verweist hier auf das ELSTER-Zertifikat sowie auf die Schaffung der erforderlichen rechtlichen Grundlagen für dessen Einsatz.

6.5 Aktueller Stand der Umsetzung Postfächer

Postfächer sind bereits bei neun Ländern und dem Bund und somit bei mehr als der Hälfte der Befragten (59 %) im Einsatz. In der Regel ist das Postfach Teil der IT-Lösung für ein Nutzerkonto und keine separate IT-Lösung. Sechs Befragte (35 %) haben noch kein Postfach eingeführt und von einem Befragten (6 %) liegen keine Antworten vor. Konzepte für interoperable Postfächer werden aktuell erstellt.

Sieben der Länder sowie der Bund (47 %) erfüllen bereits die Qualitätsstandards an Verfügbarkeit und Responsive Design / Layout.

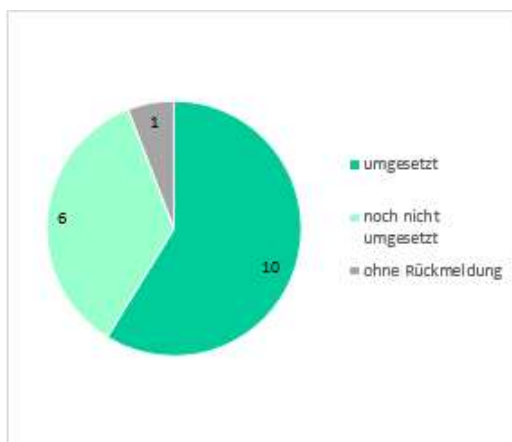


Abbildung 5: Umsetzungsstand Postfächer

6.6 Ausblick Postfächer

Bis Juli 2020 soll eine Umsetzung bei 12 Ländern und dem Bund erfolgt sein, sodass ein Umsetzungsstand von mindestens 76 % erreicht sein soll. Von vier Befragten (24 %) lagen keine Angaben zur zeitlichen Planung bzw. keine Rückmeldungen vor.

Die Umsetzung der Anforderungen an Qualitätsstandards an Verfügbarkeit und Responsive Design erfolgt in der Regel mit der Erstumsetzung der Postfachlösung.

7 Marktübliche elektronische Bezahlmöglichkeit

Der Bund und die Länder haben sich mit Beschluss 2018/40 des IT-Planungsrats verpflichtet, eine marktübliche elektronische Bezahlmöglichkeit bereitzustellen.

15 Länder und der Bund haben die Abfrage zum aktuellen Umsetzungsstand dieses Beschlusses sowie zu ihren geplanten Umsetzungsaktivitäten beantwortet. Somit liegen der nachfolgenden Auswertung 16 von 17 möglichen Rückmeldungen zugrunde. Weitere Ergebnisse der Abfrage sind in Anhang 1 dokumentiert.

7.1 Aktueller Stand der Umsetzung

Elf der Befragten, d. h. die Mehrheit (65 %) haben bereits Bezahlösungen im Einsatz. Allerdings wird von einem Land die Bezahlfunktion nur noch in Fachverfahren und nicht mit Online-Diensten eingesetzt. Fünf Länder (29 %) verwenden keine Bezahlösung und ein weiteres Land (6 %) hat keine Rückmeldung gegeben. Hervorzuheben ist die IT-Lösung ePayBL. Ihr Einsatz ist von mehr als der Hälfte der Befragten geplant, sofern sie bei ihnen nicht schon im Einsatz ist.

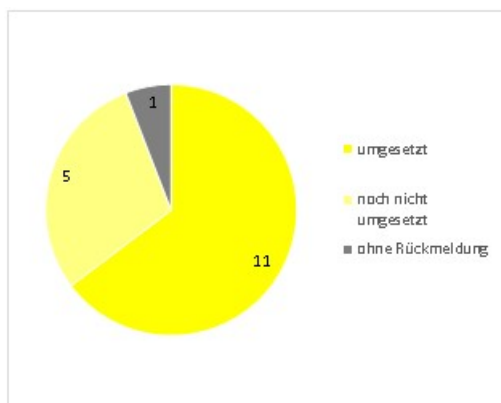


Abbildung 6: Umsetzungsstand elektronische Bezahlmöglichkeit

7.2 Ausblick

Zusätzlich zu den in zehn Ländern und beim Bund eingeführten Bezahlösungen ist die Einführung von weiteren fünf Bezahlösungen geplant, sodass bis Ende 2020 ein Umsetzungsgrad von mindestens 94 % erreicht sein soll. Ein Land (6 %) hat keine Rückmeldung gegeben.

8 Datensafe und Statusmonitor

Gemäß Beschluss 2018/40 des IT-Planungsrats sollen für künftige Ausbaustufen Konzepte für Datensafe und Statusmonitor erarbeitet werden. Hier wurden zunächst die im Digitalisierungsprogramm ermittelten Bedarfe und Anforderungen abgewartet.

15 Bundesländer und der Bund haben die Abfrage zum aktuellen Umsetzungsstand dieses Beschlusses sowie zu ihren geplanten Umsetzungsaktivitäten beantwortet. Somit liegen der nachfolgenden Auswertung 16 von 17 möglichen Rückmeldungen zugrunde.

Vier Länder (24 %) haben bereits einen Daten- oder Dokumentensafe eingeführt. Zwölf Befragte (70 %) haben noch keinen Daten- oder Dokumentensafe umgesetzt. Davon haben jedoch vier Länder (24 %) konkrete Pläne für eine Umsetzung. Ihren Rückmeldungen ist zu entnehmen, dass konzeptionell einige offene Fragen geklärt werden müssen. Ein Land (6 %) hat keine Rückmeldung gegeben.

In Workshops unterhalb der KG Portalverbund sollen in den nächsten Monaten die erbetenen Konzepte abgestimmt und erstellt werden.

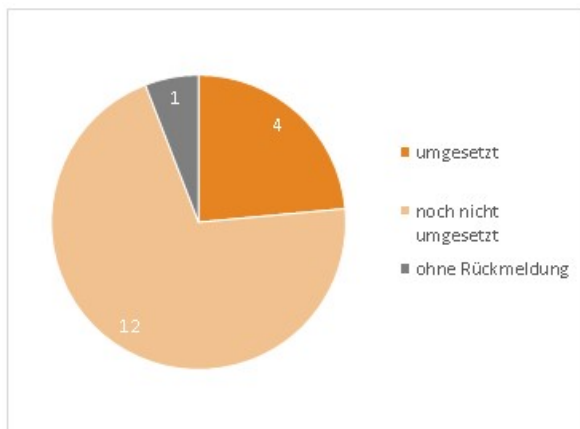


Abbildung 7: Umsetzungsstand Datensafe / Dokumentensafe

Anhang I

Für die Auswertung der Abfrage bei Bund und Ländern zum Stand der Umsetzung des Beschlusses 2018/40 des IT-Planungsrats im September 2019 wurden alle Rückmeldungen berücksichtigt, die bis zum Redaktionsschluss bei DG II 3 eingingen.

Die nachfolgende Grafik stellt das Ergebnis der Abfrage im Überblick dar.

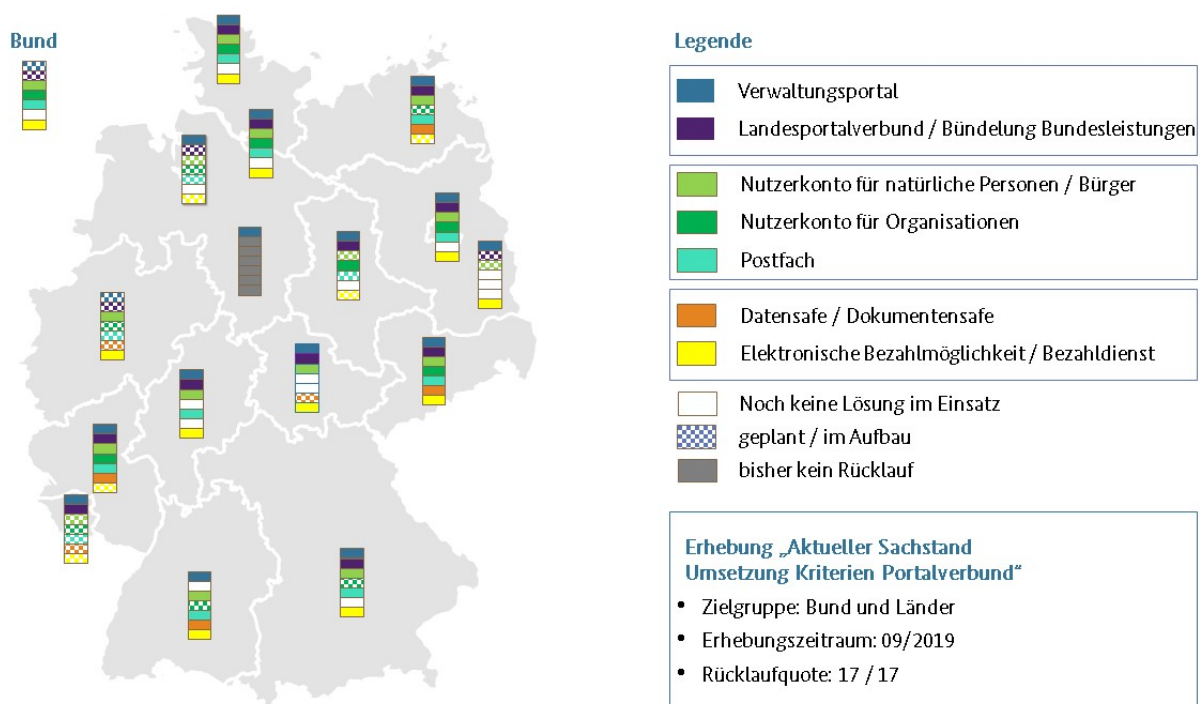


Abbildung 8: Stand der Umsetzung der Portalverbund-Kriterien gemäß Beschluss 2018/40 des IT-Planungsrats

Hinweise zu den nachfolgenden Tabellen

Die Tabellen auf den nächsten Seiten bilden die erhaltenen Antworten im Wortlaut ab. Erkennbare Tippfehler wurden zwecks besserer Lesbarkeit korrigiert.

Ein „-“ in einer Zelle informiert darüber, dass auf diese Frage keine Antwort in der Rückmeldung enthalten war.

Kommentare, die aufgrund ihrer Länge nicht in einer Tabelle abgebildet werden konnten, stehen unter der entsprechenden Tabelle.

Verwaltungsportale

Erhebungsergebnisse Verwaltungsportale																	
	Bund	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
IT-Lösung verfügbar?	06/2020	Ja	Ja	Ja	s. K.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	ab 02/2020	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Verbundlösung?	Nein	Ja	Nein	Nein	s. K.	Nein	Ja	s. K.	Ja	Ja	Ja; s. K.	Ja	Ja	s. K.	Ja	Ja	Ja
Verfügbarkeit >98,5%?	06/2020	Ja	Ja	Ja	s. K.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja; s. K.	12/2022	Ja	Ja	Ja	-	Ja	Ja
Responsive Design/Layout?	06/2020	Ja	Ja	Ja	09/2020	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	s. K.	Ja	2020	Ja	Ja	Ja	Ja
Anbindung Online-Gateway	12/2019	> 07.2020	2019; s. K.	Ja; s. K.	s. K.	Q3/2020	12/2019	Pilot	Ja	Pilot-anbindung; s. K.	Q1/2020	noch offen	07/2020	06/2020	12/2019	Testweise; s. K.	s. K.

Abbildung 9: Erhebungsergebnisse Landesverwaltungsportale

- **Kommentar BE bei „Anbindung Online-Gateway?“:** „Berlin ist bereits Pilot-Teilnehmer am PVOG.“
- **Kommentar BB bei „IT-Lösung verfügbar?“:** „Ein Verwaltungsportal existiert bereits seit ca. 2004, ein gebündelter Zugang zu Verwaltungsleistungen besteht jedoch nicht. In Umsetzung, da sukzessive bis Sommer 2021 möglichst alle Kommunen BB eingebunden werden sollen.“
- **Kommentar BB bei „Verfügbarkeit >98,5%?“:** „Keine Aussage möglich, da lfd. Projekt.“
- **Kommentar BB bei „Verbundlösung?“:** „Ja. Pilotkommunen i. R. des Projekts „Bürger- und Unternehmensservice (BUS-BB)/Linie6Plus“ können das Landesportal bereits nutzen.“
- **Kommentar BB bei „Anbindung Online-Gateway?“:** „Zeitnah in Abhängigkeit zum IT-Architekturmodell des OG und der Implementation innerhalb des Länderverbunds der L6P.“
- **Kommentar BY bei „Anbindung Online-Gateway?“:** „Bayern ist Pilotland. Produktivsetzung ist 2019 vorgesehen.“
- **Kommentar HB bei „Anbindung Online-Gateway?“:** „Wir rechnen damit, die Anbindung bis zum dritten Quartal des nächsten Jahres abgeschlossen zu haben. Aktuell liegt uns von unserem Dienstleister Dataport allerdings noch keine finale Zeit- und Meilensteinplanung vor, so dass es sich hierbei aktuell lediglich um eine Abschätzung handelt.“
- **Kommentar NI bei „Verfügbarkeit >98,5%?“:** „Bisher 1500 Verwaltungsverfahren, Ausbau bis 2022 auf ca. 6000“
- **Kommentar NI bei „Anbindung Online-Gateway?“:** „Sobald die Schnittstelle Linie6+ zu einem Gateway geklärt ist, momentan Pilotanbindung“

- **Kommentar NW bei „Verbundlösung?“:** „NRW baut einen Portalverbund zwischen Land und Kommunen auf (Portalverbund NRW), über den die Portale miteinander verknüpft werden.“
- **Kommentar NW bei „Responsive Design / Layout?“:** „Die Bereitstellung des responsiven Designs erfolgt in Abhängigkeit von den beteiligten Portalen im Portalverbund.NRW.“
- **Kommentar SH bei „Anbindung Online-Gateway?“:** „testweise bereits über das HH-Gateway erfolgt“
- **Kommentar SN bei „Verbundlösung?“:** „Nein (Entwicklung in Kooperation mit Baden-Württemberg, Nutzung als eigene Instanz)“
- **Kommentar TH bei „Anbindung Online-Gateway?“:** „Siehe Workshop 10.09.2019“

Landesportalverbünde und Einbindung der Kommunen sowie Bündelung von Bundesleistungen

Erhebungsergebnisse Landesportalverbünde und Einbindung Kommunen sowie Bündelung von Bundesleistungen																	
	Bund	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
Portalverbund auf Landesebene verfügbar?	s. K.	entfällt	Ja	Ja	s. K.	In der Umsetzung	Ja	Ja	Ja	-	Q1/2020 s. K.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Alle kommunalen Leistungen aufrufbar?	06/2020	Ja; s. K.	Ja / verlinkt; s. K.	Ja	Nein; s. K.	In der Umsetzung	Ja	Ja; s. K.	Ja; s. K.	-	-	s. K.	Ja	Ja	Nein; s. K.	teilweise	Ja
Kommunen eingebunden?	s. K.	entfällt	Ja	Ja	s. K.	Q3/2020	Ja	Ja	Ja	-	-	Teilweise; s. K.	Ja	Ja	Ja	teilweise	Ja

Abbildung 10: Erhebungsergebnisse Landesportalverbünde

- **Kommentar Bund bei „Portalverbund auf Landesebene verfügbar?“:** „Ja, Verbund der Ressorts und Fachportale über Beta.Bund.de“
- **Kommentar Bund bei „Kommunen eingebunden?“:** Ressorts ab Livegang 06/2020, aktuell bereits über Beta.bund.de
- **Kommentar BB bei „Portalverbund auf Landesebene verfügbar?“:** In Planung. Im Rahmen des laufenden Projekts „BUS-BB“ sollen die kommunalen Redaktionssysteme sukzessive in das Landesportal eingebunden werden.“
- **Kommentar BB bei „Kommunen eingebunden?“:** „...im Rahmen des unter Ziffer 1 genannten Projektes“
- **Kommentar BB bei „Alle kommunalen Leistungen eingebunden?“:** „Die Einbindung erfolgt im Zuge des unter Ziffer 1 genannten Projekts.“
- **Kommentar BY bei „Alle kommunalen Leistungen aufrufbar?“:** „Leistungen: UMGESETZT; Online-Dienste: werden verlinkt, wenn verfügbar“

- **Kommentar BW bei „Alle kommunalen Leistungen aufrufbar?“:** „Die technischen Voraussetzungen für die Bereitstellung von Links auf externe Onlinedienste sind gegeben; die Kommunen sind dazu jedoch (noch) nicht verpflichtet.“
- **Kommentar HB bei „Kommunen eingebunden?“:** „Wir haben die einzige Kommune Bremerhaven bereits mit den Dienstleistungen in unser Landesportal bzw. deren Datenbank im Hintergrund integriert. Wir zeigen die Dienstleistungen nur nicht im Frontend an. Aus diesem Grund ist auf der einen Seite keine Integration erforderlich, auf der anderen Seite würden wir den Zugang mit Onlinestellung des Gateways realisieren (siehe Schätzung Anbindung Online-Gateway).“
- **Kommentar HE bei „Alle kommunalen Leistungen aufrufbar?“:** „Content stellen die Kommunen zur Verfügung“
- **Kommentar MV bei „Alle kommunalen Leistungen aufrufbar?“ und „Kommunen eingebunden?“:** „Ja, wenn Kommune entsprechende Daten in Linie6Plus – Infodienste eingepflegt hat.“
- **Kommentar NW bei „IT-Lösung verfügbar?“:** „Siehe Ausführungen zu "A. Verwaltungsportal“
- **Kommentar RP bei „Alle kommunalen Leistungen aufrufbar?“:** "Leistungen ja / Onlinedienste im Aufbau"
- **Kommentar RP bei „Kommunen eingebunden?“:** „teilweise umgesetzt – nicht alle Kommunen und noch nicht alle Dienste“
- **Kommentar ST bei „Alle kommunalen Leistungen abrufbar?“:** „Noch nicht. Keine Technische Hürde, nur eine Redaktionelle.“

Nutzerkonten für natürliche Personen / Bürger

Erhebungsergebnisse Nutzerkonto für natürliche Personen / Bürger																	
	Bund	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
IT-Lösung verfügbar?	Ja	Ja	Ja	Ja	12/2019	12/2019	Ja	Ja	Ja	-	Ja	Ja	07/2020	Ja	12/2019	Ja	Ja
Verbundlösung?	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja; s. K.	Ja	-	s. K.	Nein	Nein	s. K.	Ja	Ja	Ja
Verfügbarkeit >98,5%?	Ja	Ja	Ja	Ja	12/2019	-	Ja	Ja; s. K.	Ja	-	-	Ja	07/2020	Ja	12/2019	Ja; s. K.	Ja
Responsive Design/ Layout?	Ja	Ja	12/2019	Ja	12/2019	12/2019	Ja	Ja	Ja	-	Ja	Ja	07/2020	Ja	12/2019	Ja	01/2020

Abbildung 11: Erhebungsergebnisse Nutzerkonto für natürliche Personen /Bürger

- **Kommentar HE bei „Verbundlösung?“:** „AKDB Lösung mit Bayern und dem BMI.“

- **Kommentar HE bei „Verfügbarkeit >98,5?“:** „Ist an die Verfahren gebunden bereits flächendeckend verfügbar.“
- **Kommentar NW bei „Verbundlösung?“:** „Die Lösung ist ein zentral betriebener Dienst der von allen Landes- und Kommunalbehörden in NRW genutzt werden kann.“
- **Kommentar SH bei „Verbundlösung?“:** „gemeinsam mit den Kommunen SH, Basis-Infrastruktur mit allen Dataport-Trägerländern“
- **Kommentar SN bei „Verbundlösung?“:** „Nein (Entwicklung in Kooperation mit Baden-Württemberg, Nutzung als eigene Instanz)“

Nutzerkonten für Organisationen

Erhebungsergebnisse Nutzerkonto für Organisationen																	
	Bund	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
IT-Lösung verfügbar?	Ja	01/2020	12/2019	Ja	Nein	12/2019	Ja	Nein	geplant	-	11/2019	Ja	07/2020	Ja	Ja	Ja	Nein
Verfügbarkeit >98,5%?	Ja	01/2020	-	Ja	Offen	12/2019	Ja	s. K.	geplant; s. K.	-	Unbekannt; s. K.	Ja	07/2020	Ja	-	Ja	-
Responsive Design/ Layout?	Ja	Ja	12/2019	Ja	Offen	12/2019	Ja	s. K.	geplant	-	11/2019	Ja	07/2020	Ja	-	Ja	-
Identifizierungsmittel je Vertrauensniveau	N: Nutzername/ Passwort H: Online-Ausweis-Funktion	-	Username/ Password und nPA	s. K.	Offen	nPA – hoch; Nutzername, Passwort – niedrig	s. K.	s. K.	geplant	-	Hoch: ePA	s. K.	s. K.	s. K.	nPA	Manuell; s. K.	-

Abbildung 12: Erhebungsergebnisse Nutzerkonto für Organisationen

- **Kommentar BE bei „Identifizierungsmittel je Vertrauensniveau“:** ID-Mittel: „Vertrauensniveau „niedrig“ durch Anmeldung mit Benutzernamen (E-Mail-Adresse) in Kombination mit einem Passwort“
- **Kommentar HE bei „Verfügbarkeit >98,5?“ und „Responsive Design / Layout?“:** „Abhängig von der Umsetzung des Unternehmenskonto durch die AKDB analog dem BMI“
- **Kommentar HH bei „Identifizierungsmittel je Vertrauensniveau“:** „eID-Funktion und Freischaltung vor Ort im Kundenzentrum nach Vorlage und Prüfung Personalausweis für VN hoch; Selbstregistrierung für VN untergeordnet.
- **Kommentar HE bei „Identifizierungsmittel je Vertrauensniveau“:** N: E-Mailadresse bei NORMAL, Substantiell noch ungeklärt, eID-Funktionen vgl. Personalausweis. Hessen nimmt derzeit Kontakt zum Projekt OPTIMOS der Bundesdruckerei auf und setzt kommunal tlw. auf die Lösung von Bürgerservice.org.“
- **Kommentar MV bei „Verfügbarkeit >98,5?“:** „Siehe Planungen Governikus - Verbund“

- **Kommentar NW bei „Verfügbarkeit >98,5%“:** „Unbekannt, da die Anforderungen an Nutzerkonten für Organisationen / Unternehmen weiterhin unklar sind und daher nicht klar ist, was 100 % bedeutet“
- **Kommentar SL bei „Identifizierungsmittel je Vertrauensniveau“:** „ID-Mittel: "Noch zu klären“
- **Kommentar SH bei „Identifizierungsmittel je Vertrauensniveau“:** „Identifizierung über manuelle Prüfung“
- **Kommentar SN bei „Identifizierungsmittel je Vertrauensniveau“:** „Mit dem ePA wird der Nutzer (=natürliche Person) auf Niveau hoch identifiziert. Die Organisation selbst wird nicht identifiziert oder geprüft, sofern es sich um eine Firma, Verein etc. handelt. Beim Organisationskonto in der Ausprägung Behördenkonto (Roll out startet demnächst) wird eine Erst-Identifizierung durchgeführt. Für Nutzer-Identifizierung auf Niveau substantiell wird auf die Vorgaben des Bundes gewartet.“

Postfach

Erhebungsergebnisse Postfach																	
	Bund	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
IT-Lösung verfügbar?	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	12/2019	Ja	Ja	Ja	-	In Planung	Ja	07/2020	Ja	12/2019	Ja	Nein
Verfügbarkeit >98,5%?	Ja	Ja	Ja	Ja	Offen	-	Ja	Ja	Ja	-	In Planung	10/2019	07/2020	Ja	12/2019	Ja	-
Responsive Design/ Layout?	Ja	Ja	12/2019	Ja	Offen	12/2019	Ja	Ja	Ja	-	geplant; s. K.	10/2019	07/2020	Ja	12/2019	Ja	-

Abbildung 13: Erhebungsergebnisse Postfach

- **Kommentar NW bei „Responsive Design / Layout?“:** „Mit Erstumsetzung“

Marktübliche elektronische Bezahlmöglichkeit

Erhebungsergebnisse elektronische Bezahlmöglichkeit/Bezahldienst																	
	Bund	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
IT-Lösung verfügbar?	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	12/2019	Ja	s. K.	12/2019	-	Ja	01/2020	07/2020	Ja	Nein	Ja	Ja
Verfügbarkeit >98,5%?	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	-	Ja	s. K.	12/2019	-	12/2020	-	07/2020	Ja	Q2/2020	Ja	Ja
Responsive Design/ Layout?	offen	Ja	-	07/2020	Ja	-	Ja	s. K.	Ja	-	Ja	-	07/2020	Ja	-	s. K.	01/2020

Abbildung 14: Erhebungsergebnisse elektronische Bezahlmöglichkeit / Bezahldienst

- **Kommentar HE bei „IT-Lösung verfügbar?“:** „eingeschränkt; derzeit nur in Fachverfahren realisiert.“
- **Kommentar HE bei „Verfügbarkeit >98,5%?“:** „Derzeit noch unklar.“
- **Kommentar HE bei „Responsive Design / Layout?“:** „Ist eingebunden in die Fachverfahren und entsprechend responsiv“
- **Kommentar SH bei „Responsive Design / Layout?“:** „E-Payment ist ein Hintergrund-Dienst und hat keine grafische Oberfläche; die eigentliche Bezahlungsfunktion wird über einen Paymentprovider zur Verfügung gestellt“

Datensafe / Dokumentensafe

Erhebungsergebnisse Datensafe / Dokumentensafe																	
	Bund	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
IT-Lösung verfügbar?	Nein	Ja	Nein	Nein	Offen	Nein	Nein; s. K.	nicht geplant	Ja	-	In Planung, nur Dokumentensafe	Ja	07/2020	Ja	Nein	Nein, auch nicht geplant	geplant
Verfügbarkeit >98,5%?	-	Ja	-	-	Offen	-	-	-	Ja	-	In Planung	Ja	07/2020	Ja	-	-	-
Responsive Design / Layout?	-	Ja	-	-	Offen	-	-	-	Ja	-	geplant; s. K.	Ja	07/2020	Ja	-	-	-

Abbildung 15: Erhebungsergebnisse Datensafe / Dokumentensafe

- **Kommentar HH bei „IT-Lösung verfügbar?“:** „Es fehlt hier an einem Konzept, aus dem hervorgeht, was gemeint ist. Es scheint darüber hinaus nicht mit dem „Once-Only-Principle“ zusammenzupassen. In Hamburg ist so etwas nicht vorgesehen.“
- **Kommentar NW bei „Responsive Design / Layout?“:** „Mit Erstumsetzung“